

N i e d e r s c h r i f t

**über die Sitzung des Haupt- und Personalausschusses gemeinsam mit dem
Ausschuss für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung zum
Haushalt 2025 am 19.03.2025**

Sitzungsbeginn: 16:35 Uhr
Sitzungsende: 19:55 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal des Rathauses Dessau

Teilnehmer/-innen: siehe Anwesenheitsliste

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1 Eröffnung der gemeinsamen Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Oberbürgermeister und Vorsitzender des Haupt- und Personalausschusses, Dr. Robert Reck, sowie Herr Laurens Nothdurft, Vorsitzender des Ausschusses für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung, eröffnen die gemeinsame Sitzung um 16:35 Uhr und begrüßen die Ausschussmitglieder, Beigeordneten und Gäste. Sie stellen die form- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit mit 8 anwesenden stimmberechtigten Mitgliedern für den Haupt- und Personalausschuss sowie mit 8 stimmberechtigten Mitgliedern für den Ausschuss für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung fest. Der gemeinsame Teil (TOP 1 bis 7) wird von Herrn Stadtrat L. Nothdurft geleitet.

2 Beschlussfassung der Tagesordnung

Es werden keine weiteren Wortmeldungen hervorgebracht. Die Tagesordnung wird in der vorliegenden Form zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

Haupt- und Personalausschuss:	08:00:00
Ausschuss für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung:	08:00:00

3 Einwohnerfragestunde

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck, Vorsitzender des Haupt- und Personalausschusses, gibt bekannt, dass eine Anfrage bereits vorliegt. Der Einwohner stellt zunächst eine Frage für den **Ausschuss für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung.**

Frage 1:

„Im Moment finden Tarifverhandlungen für die Mitarbeiter in der Verwaltung und auch in den Krankenhäusern statt. Sind diese Erhöhungen schon beim Klinikum und hier im Haushalt berücksichtigt?“

Herr Ulbrich, Beigeordneter für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung, erklärt, dass es eine permanente Fortschreibung der Ansätze auf Basis der bekannten Entwicklungen gibt, was wiederum heißt, dass die Stadtverwaltung jedes Jahr von einer durchschnittlichen Anpassung der Personalaufwendung von zweieinhalb Prozent ausgeht.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck ergänzt, dass der Wirtschaftsplan ein Teil des zu beschließenden Haushaltes bzw. der Haushaltssatzung 2025 ist. Das Städtische Klinikum Dessau (SKD) wird den Wirtschaftsplan auch mit erwartbaren Personalkostenentwicklungen abbilden. Das wird sich mit der Beschlussfassung im April, dazu gehört dann auch der Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes, zeigen.

Frage 2:

„Und bei der Verwaltung, ist das im Haushalt abgebildet?“

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck informiert, dass auch die Verwaltung mit Tarifkostensteigerungen in der erwarteten Höhe plant. Hierbei wirkt aber auch die andere Komponente, wenn das Haushaltskonsolidierungskonzept in der Beschlussfassung eine Mehrheit finden sollte, müssen auch erhebliche Personalkosteneinsparungen erfolgen.

Frage 3:

„Ist man bereit, hier die nötigen Einsparungen umzusetzen?“

Er erklärt, dass in der Musikschule (laut Vorlage FV/026/2023 und einer Stellungnahme der Verwaltung) bei den Festangestellten 30-Stunden-Kräfte festzustellen sind und diese nur ganze vier Stunden unterrichten in der Woche. Er hatte dies in der Niederschrift vom 27.02.2024 (Seite 3) im Ausschuss für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung vorgerechnet. Bereits vor einem Jahr stellte er die Frage, wie genau sich die Bezahlung der Arbeitszeit der festangestellten Kräfte ergibt. Die Mitarbeiter sollten nur für die tatsächliche Arbeitszeit von 4h pro Woche bezahlt werden. Er sieht hierbei Einsparpotenzial für den Haushalt.

Frau Hachmann, Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Senioren, sichert eine schriftliche Beantwortung zu. Grundsätzlich ist es aber so, dass in den Musikschulen die Vor- und Nachbereitung von Unterrichtsstunden auch bezahlt wird. Des Weiteren beteiligt sich die Musikschule an diversen Konzerten, beispielsweise in der Weihnachtszeit, bei anderen Konzerten, zum Tag der offenen Tür der Musikschule oder beim Landeswettbewerb „Jugend musiziert“, welcher dieses Jahr in Dessau stattfindet.

Frage 4:

„Das Sondervermögen ist durch den Bundestag beschlossen worden. Dieses wird eine erhöhte Bautätigkeit auslösen, die sich auch massiv auf die Preise auswirken wird. Stellen Sie dieses gleich mit in den Haushalt ein oder wollen Sie wie bisher über Novellierungen immer wieder Geld nachfordern?“

Frau Lohde, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Bauen und Stadtgrün, erklärt, dass sie die Frage nicht beantworten kann, da es keinerlei Hinweise, ob die Mittel kommen, in welcher Form und wie die Mittel ausgegeben werden können, gibt.

Herr L. Nothdurft, Vorsitzender des Ausschusses für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung erklärt, dass die erwarteten Kosten zu einem bestimmten Zeitpunkt, nämlich der Vornahme der Bauleistung, natürlich einkalkuliert sind. Bei Verzögerungen oder bei unvorhergesehenen Entwicklungen müssen diese Kosteneinsätze dann auch novelliert werden. Eine Verknüpfung mit dem Sondervermögen, welches noch mitten in der Beschlussfassung im Bundestag ist, ist nicht sinnvoll. Was sich daraus an Konkretem finanziell für die Kommunen entwickeln wird, ist derzeit nicht abzusehen.

Der Einwohner stellt nun seine Fragen für den **Haupt- und Personalausschuss**.

Frage 1:

„Am 26.05.24 fand eine Stadtratssitzung statt. Bevor, wie in der Einladung bekannt gegeben, die Tagesordnung abgearbeitet werden konnte, wurde plötzlich der nichtöffentliche Teil vorgezogen. Mehr als 50 Personen, viele davon von der Verwaltung, viele Dezernatsleiter, standen einfach vor der Tür und produzierten Überstunden. Welche Kosten sind dabei konkret entstanden?“

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck erklärt, dass eine solche Berechnung nicht stattfindet und keine Kosten ermittelt werden.

Frage 2:

„Der Mitteldeutschen Zeitung war zu entnehmen, dass Dessau nach wie vor in der Auswahl ist für das Atommüllendlager - und das mit dem gesamten Stadtgebiet. Er nahm an, dass die Welterbestätten uns davor bewahren. Wie ganz konkret positioniert sich die Stadt dazu und was unternimmt man, um dem entgegenzuwirken?“

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck erläutert, dass er diese Anfrage bereits im letzten Ausschuss beantwortet hat und dieser Antwort auch nichts hinzuzufügen hat. Er erklärt, dass bei jeglicher Form von Entscheidungen immer mehrere Parameter zu berücksichtigen sind und die angesprochenen Natur- bzw. Welterbeaspekte selbstverständlich auch. Ihm ist nicht bekannt, dass Dessau-Roßlau in irgendeiner Form in die engere Auswahl kommt.

4 Beschlussfassungen

Es besteht die Einigkeit darüber, dass die Tagesordnungspunkte 4.1 sowie 4.2 gemeinsam beraten werden. Die Wortmeldungen werden im Tagesordnungspunkt 4.1 protokolliert.

4.1 Haushaltssatzung 2025, Haushaltsplan 2025, Stellenplan 2025 Vorlage: BV/421/2024/II-20

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck erklärt, dass der Entwurf, welcher für den HH (Haushalt) und das HHK (Haushaltskonsolidierungskonzept) vorliegt, in den Aufwendungen und Erträgen nicht ausgeglichen ist. Insbesondere kann man als Gründe den Defizitausgleich für das Städtische Klinikum nennen, der die Rücklagen der Stadt schrittweise aufzehrt, die Kosten- und Tarifsteigerungen über alle Bereiche, auch das Einpflegen bestehender Beschlusslagen des Stadtrates, die sich im Haushalt abbilden und eben auch Effekte aus dem Finanzausgleichsgesetz.

Er weist auf den Unterschied zwischen der Genehmigung eines Haushalts und Nicht-Beanstandung hin: In der Praxis ist das im Grunde in der gleichen Wirkung, jedoch begrifflich ein Stück weit zu unterscheiden. Unser HH ist nicht genehmigungsfähig, weil er in den Einnahmen und Ausgaben unausgeglichen ist und unter den gegenwärtigen Rahmenbedingungen ein Ausgleich auch schwierig ist. Ziel ist es, dass der Haushalt, die Haushaltssatzung 2025 nicht beanstandet wird und für das Jahr 2025 eine Haushaltssatzung erreicht wird.

Der Kommunalaufsicht kommt für den jeweiligen Einzelfall, also in dem Fall unseren Haushalt, immer eine Einzelfallentscheidung zu, wenn bestimmte Voraussetzungen für eine uneingeschränkte Genehmigung nicht gegeben sind und die Kommunalaufsicht wird sich dann auch immer mit dem gebotenen Maß mit dem Haushalt der jeweiligen Kommune befassen.

Um eine Genehmigung zu erreichen, kommen in Dessau-Roßlau im Moment verschiedene Instrumente zum Einsatz und werden kombiniert. Zunächst erstmal der Entwurf des HHK, welches in verschiedenen Ausschüssen schon Thema war, mit Vorschlägen für Minderaufwendungen und Mindererträge für das Jahr 2025 und die Folgejahre. Des Weiteren ist der vom Finanzdezernat eingebrachte Haushaltsentwurf mit reduzierten Planeinsätzen bei den Aufwendungen und auch mit höheren Ansätzen bei den Erträgen für 2025 und die Folgejahre geplant.

Für das Haushaltsjahr 2025 wird die Stadt aller Voraussicht nach den Haushaltsausgleich durch die Inanspruchnahme der Ergebnissrücklage aus den Vorjahren erreichen.

Zusätzlich zum HHK, welches im Entwurf vorliegt, hat die Stadt in einem der zurückliegenden Ausschüsse auch einen Beschluss gefasst für die externe Vergabe eines Wirtschaftlichkeitsgutachtens, um eben erkannte Potenziale, die sich im HHK abbilden, zu konkretisieren und weitere Potenziale erkennen zu können. Die Stadt hat das Sanierungsgutachten für das SKD erarbeiten lassen und auch dort eine Sanierungsgeschäftsführung eingerichtet. Es wird vermutlich auch eine Haushaltssperre in diesem Jahr geben.

Er gibt den Ausschussmitgliedern für die weiteren Beratungen zwei Hinweise: 1. Der HH und das HHK sind nach der Beschlussfassung für das Jahr 2025 verbindlich. 2. Die mittelfristige Planung und das HHK können jedoch mit dem Haushalt 2026 aktualisiert werden. Das heißt, die Planung und das HHK können im Herbst von Ihnen wieder geändert werden.

Die Stadträte können den Haushaltsentwurf und das HHK mit ihren Anträgen ändern. Davon haben einige Fraktionen auch schon Gebrauch gemacht und ihre Änderungsanträge eingereicht. Finden diese Anträge im Haushaltsausschuss Mehrheiten, werden sie in die Entwürfe vom Haushalt und vom Konsolidierungskonzept eingearbeitet.

Abschließend weist er auf die Risiken hin, wenn der Stadtrat im April den HH und das HHK nicht beschließen: Die Stadt wird weiter in der vorläufigen Haushaltsführung bleiben. Konkret heißt das, dass die Stadt grundsätzlich weder neue vertragliche Verpflichtungen eingehen kann, noch neue Investitionen starten kann. Die Fortführung freiwilliger Aufgaben ohne vertragliche Verpflichtungen ist gefährdet, beispielhaft betrifft dies den Durchführungsvertrag für die Bundesgartenschau, den Neubau der Regenbogenschule oder die Förderung von Vereinen der Kultur- und Heimatpflege und des Sports.

Herr Ulbrich, Beigeordneter für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung, erläutert, dass das Finanzdezernat am 11.12.2024 einen ersten Entwurf zum Haushalt vorgelegt hat. Der Haushalt wurde bis zum Februar 2025 weiterentwickelt und fortgeschrieben und es wurde ein zweiter Entwurf bereitgestellt mit dem HHK. Im Februar/März 2025 fanden bzw. finden die Beratungen in den Fachausschüssen zum HH und zum HHK statt. Und heute sind wir wieder in der Beratung im Haupt- und Finanzausschuss, wo es insbesondere um die Anträge der Fraktionen zum HH geht.

Er führt mit Hilfe einer Präsentation in die Thematik ein, welche der Niederschrift als Anlage 1 beigefügt ist.

Die Kommunalaufsicht hat weitere Maßnahmen angeregt zur HHK:

1. Anpassung der Elternbeiträge, statt der bisher vorgeschlagenen 350.000 Euro, verteilt über mehrere Jahre, auf 700.000 Euro anzupassen.
2. Anpassung der Parkgebühren

3. Digitale Bereitstellung des Amtsblatts, statt einer papiergebundenen Bereitstellung.

Das bestehende HHK wurde mit verschiedenen Maßnahmen ergänzt, bzw. bestehende Maßnahmen nochmal angepasst.

1. Die Anpassung der Elternbeiträge wurde vorgenommen: von den vorher genannten 350T EUR verteilt auf 5 Jahre → 1x 350.000 Euro in 2026 und noch einmal in 2028
2. Die Parkgebühren wurde verdoppelt (von 50 Cent auf 1 Euro)
3. Wir sagen auch, eine digitale Bereitstellung des Amtsblatts ist vertretbar und möglich. Es ist technisch ohne weiteres möglich und auch handhabbar.
4. Gemäldegalerie → zeitliche Verschiebung nach hinten
5. Tierpark als BUGA-Maßnahme

Es hindert uns aber nichts, das HHK weiter anzupassen und auch die Hinweise der Fraktionen und die Erkenntnisse, die wir sammeln, fortzuschreiben. Die Kommunalaufsicht hat uns mitgegeben, dass sie dieses Konzept begrüßt und unterstützt und auch eine Genehmigung des Haushaltes mit diesem Konzept in Aussicht gestellt hat.

Herr L. Nothdurft, Vorsitzender des Ausschusses für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung schlägt vor, dass zunächst aus jeder Fraktion ein Vertreter Stellung zu dem Vorgetragenen nimmt.

Gegen diese Vorgehensweise gibt es keinen Widerspruch von den weiteren Ausschussmitgliedern.

Folgende Wortmeldungen werden hervorgebracht:

Herr Adamek, Fraktion CDU, erklärt, dass die Fraktion sich abschließend noch nicht verbindlich einig ist.

Herr Ratzmann, Fraktion AfD, erklärt dass die finanzielle Schieflage des SKD behoben werden muss. Des Weiteren plädiert er für eine bessere Personalbesetzung - die Prozesse straffen und besser organisieren kann und für die Umsetzung von entsprechenden Bauprojekten und Investitionen, welche entsprechend auch hoch gefördert werden und nicht so viel Eigenanteil benötigen.

Herr George, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, erklärt, dass die Fraktion – aus Anlass der angespannten, finanziellen Situation, keine Anträge stellen wird.

Herr Stittrich, Fraktion Pro-Dessau-Roßlau, möchte den Diskurs abwarten, um danach eine belastbare Aussage zu treffen.

Herr H. Weber, Fraktion Freies-Bürger-Forum, führt ausführlich zur aktuellen Haushaltslage aus. Er weist darauf hin, dass einer der Vorschläge seiner Fraktion, welcher noch nicht diskutiert wurde, ist, dass das Theater in einer Kulturstiftung mündet. Das ist der einzige längerfristige Konsolidierungsvorschlag, der wirklich

greifen würde. Er ist der Meinung, dass die Konsolidierungsliste der Stadtverwaltung zu kleingliedrig ist und es größere Konsolidierungspunkte geben muss.

Herr Fricke, Fraktion SPD, weist darauf hin, dass die beiden Vorlagen in den Fachausschüssen abgelehnt worden. Er plädiert dafür, eine zusätzliche Sitzung stattfinden zu lassen.

Herr L. Nothdurft, Vorsitzender des Ausschusses für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung, hinterfragt, wie die Ausschussmitglieder mit den Anträgen verfahren möchten.

Herr Stadtrat H. Weber schlägt vor, dass in der nächsten Fraktionssitzung die Fraktionen genau diese Liste durchgehen und sich dazu verständigen. Diese Liste kann dann dem Vorsitzenden des Ausschusses so schnell wie möglich zurückgegeben werden und liegt dann bei der Bereinigungssitzung in zusammengefasster Weise vor. Folglich könnte man die Punkte, die übereinstimmend abgelehnt werden, schlichtweg als Votum des Haushaltsausschusses mitteilen, dass dies nicht als Beitrag zur Konsolidierung dient.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck weist darauf hin, dass wenn man große Beträge aus dem Haushaltskonsolidierungskonzept herausnimmt, dann setzt das aber auch voraus, dass Alternativvorschläge folgen.

Die Mitglieder beider Ausschüsse tauschen sich zur Beratungsreihenfolge aus und legen folgende, neue Terminkette fest:

- 26.03.2025 Beratung der Anträge
- 02.04.2025 Abstimmung der Anträge
- 24.04.2025 Abstimmung zum Haushalt
- 30.04.2025 Haushalt im Stadtrat

Herr L. Nothdurft, Vorsitzender des Ausschusses für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung und Herr Oberbürgermeister Dr. Reck bitten um Abstimmung der neuen Beratungsreihenfolge.

Abstimmungsergebnis:

Ausschuss für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung:	08:00:00
Haupt- und Personalausschuss:	08:00:00

Herr L. Nothdurft, Vorsitzender des Ausschusses für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung eröffnet die Antragsrunde.

Herr Kaßner, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, berichtet, dass die Fraktion die Prüfung, ob man den Tierpark, den Lehrpark für Tier- und Pflanzenkunde, aus dem Kulturamt herauslöst und an den Stadtpflegebetrieb übergibt, beantragt.

Herr Dr.-Ing. Nothdurft, Fraktion AfD, hinterfragt die hohen Kosten des Produktes 36330 – Hilfen zur Erziehung. Er bittet um Erläuterung, wie diese hohen Kosten zustande kommen, bevor er einen Antrag zur eventuellen Kürzung stellt.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck erklärt, dass dieser Haushaltsansatz innerhalb der Verwaltung einer kritischen Prüfung unterzogen wurde. Dies sind allerdings notwendige Ausgaben, welche die kreisfreien Städte zu leisten haben für die Unterbringung oder für die Erziehungshilfe.

Herr Stadtrat Dr.-Ing. Nothdurft möchte erfahren, was dahintersteckt und ob die Kosten vor 2015 auch schon so hoch waren.

Frau Hachmann, Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Senioren, erklärt, dass zu dieser Thematik bereits im Jugendhilfeausschuss ausführlich diskutiert wurde. Wenn es um den Kinderschutz geht, wird nicht nach Nationalität, Herkunft etc. entschieden – diese Daten werden gar nicht erhoben. Wenn die Kommune die Aufgabe bekommt, sich um jene Kinder zu kümmern, bei denen die Eltern entweder nicht da oder nicht in der Lage sind, dieses zu tun, dann macht das Jugendamt das. Des Weiteren steigen auch die Kosten in diesem Bereich und die Anzahl der Kinder, welche die Unterstützung des Jugendamtes benötigen, wächst. Dagegen helfen präventive Maßnahmen, wie z. B. die Unterbringung in Pflegefamilien.

Herr Stadtrat Adamek: Die Fraktion hat bereits im Voraus schriftliche Anträge eingereicht.

- Fortführung des Projektes der Umsetzung des Gehwegs an der Mösterstraße,
- die Umsetzung der Regenerierung der Teiche im Stadtgebiet,
- die Sicherstellung der Finanzierung von Einrichtungen wie der kleinen Arche und den helfenden Händen (wie in den Vorjahren und auch unberührt von einer möglicher Haushaltssperre),
- die Sicherstellung und Sanierung des Hortes Zauberburg
- Umsetzung des bestehenden Tierparkkonzeptes
- Unterstützung des Stadtfeuerwehrverbandes für die Ausrichtung des Feuerwehrballs im Jahr 2025 (Maximalhöhe von 2T EUR)
- Gewährleistung der Sicherheit und des Betriebes sowie des Einsatzes des Spielmobils
- Beleuchtung des Skaterparkes
- Aufstellung von Hinweisschildern „freiwillig 30 km/h wegen uns“ vor Schulbushaltestellen.

Herr Stadtrat Fricke: Die Fraktion möchte folgende Vorschläge aus dem HHK gestrichen haben:

- Ziffer 10 – Kürzung für den Franz- und Rosseltreff,
- Ziffer 19 - gesunde Ernährung in den Kindertagesstätten,
- Ziffer 28 - das kommunale Bildungsbüro,
- die Streichung von 3,6 Stellen im Gesundheitsamt

Die Fraktion **SPD** stellt folgenden Antrag:

- Einbringung eines Sozialpasses mit einer entsprechenden Haushaltsstelle

Herr Stadtrat Stittrich erklärt, dass die Fraktion schriftliche Anträge eingereicht hat und diese in Arbeitsaufträge umgewandelt werden.

Herr Stadtrat H. Weber erklärt, dass der Wirtschaftsausschuss sich dazu bekannt hat, die unter Nummer 12 vorgesehene Reduzierung der Zuschüsse an die Stadtmarketinggesellschaft um 400T EUR nicht zu akzeptieren. Des Weiteren hat der Wirtschaftsausschuss vorgeschlagen, die Nummer 39 – Bettensteuer – durch einen Gästebeitrag zu ersetzen und diesen dann auch für die Verwendung in der Marketinggesellschaft zu verwenden.

Die Fraktion hat bereits im Voraus ihre Anträge schriftliche eingereicht, darunter auch:

- Streichung der Neuerrichtung der Feuerwache Waldersee
- Streichung der Gründung einer Universität,

welche Herr Stadtrat H. Weber noch einmal deutlich begründet.

Herr Stadtrat Adamek bezieht sich auf die Anlage 3 und hinterfragt die Konsolidierungspunkte 43 bis 51 – diese haben keine finanzielle Hinterlegung. Sollen die einfach nur betrachtet oder auch abgestimmt werden.

Herr Ulbrich, Beigeordneter für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung, erklärt, dass diese aus Transparenzgründen mit vermerkt sind. Zu einigen Punkten muss noch eine Beschlusslage herbeigeführt werden und es können noch keine Summen benannt werden. Des Weiteren ist zu den Fördermitteln auch einfach eine Erwartungshaltung nochmal vermerkt.

Herr Stadtrat Fricke hinterfragt, wie die Vertretung mit den Änderungsbeschlüssen in den Ausschüssen umgeht.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck schlägt vor, dass für die nächste Sitzung die Änderungsanträge der Ausschüsse den Ausschussmitgliedern zur Verfügung gestellt

werden, das betrifft u. A. den Wirtschaftsausschuss, Sozialausschuss, Kulturausschuss etc.

Nach einer weiteren Aussprache werden die beiden Beschlussvorlagen zurückgestellt.

4.2 Haushaltskonsolidierungskonzept 2025 und Folgejahre **Vorlage: BV/422/2024/II-20**

Die Wortmeldungen wurden im Tagesordnungspunkt 4.1 protokolliert.

5 Öffentliche Anfragen und Informationen

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck informiert, dass Herr Herborn (SKD) sich im nichtöffentlichen Teil des anschließenden Haupt- und Personalausschusses vorstellt. Er schlägt vor, dass er dies bereits im nichtöffentlichen Teil der gemeinsamen Sitzung vornimmt, damit die Mitglieder des Ausschusses für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung ihn ebenfalls persönlich kennenlernen können.

Nach dem Tagesordnungspunkt wird die Nichtöffentlichkeit hergestellt.

7 Schließung der gemeinsamen Sitzung

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck stellt die Öffentlichkeit wieder her und schließt die Sitzung um 18:50 Uhr.

8 Weiterführung der Sitzung des Haupt- und Personalausschusses

Der Vorsitzende des Haupt- und Personalausschusses setzt nach einer 13-minütigen Pause um 19:03 Uhr die alleinige Sitzung des Haupt- und Personalausschusses fort.

9 Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck, Vorsitzender des Haupt- und Personalausschusses, stellt die Beschlussfähigkeit mit 7 stimmberechtigten Mitgliedern fest.

10 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck gibt die nichtöffentlich gefassten Beschlüsse aus der Sitzung des Haupt- und Personalausschusses vom 19.02.2025 bekannt:

- Unternehmensangelegenheiten:
 - o Beendigungen von Beschäftigungsverhältnissen,
 - o Abberufung des Verwaltungsdirektors des Städtischen Klinikums Dessau sowie
 - o Abberufung des Geschäftsführers der MVZ gGmbH.

11 Bekanntgabe und Begründung von Eilentscheidungen des Oberbürgermeisters

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck erklärt, dass für den Berichtszeitraum keine Eilentscheidungen vorliegen.

Herr Fricke, Fraktion SPD, und Herr Adamek, Fraktion CDU, erscheinen zur Sitzung. Die Beschlussfähigkeit erhöht sich auf 9 stimmberechtigte Mitglieder.

12 Beschlussfassungen

12.1 Abberufung und Entsendung eines Stadtrates in den Aufsichtsrat der Stadtmarketinggesellschaft Dessau-Roßlau mbH **Vorlage: BV/068/2025/I-07**

Herr Adamek, Fraktion CDU, gibt bekannt, dass die Meldung, bezüglich der Entsendung eines Stadtrates in den Aufsichtsrat der Stadtmarketinggesellschaft Dessau-Roßlau mbH, in der Sitzung des Stadtrates am 30.04.2025 erfolgen wird.

Herr Ratzmann, Fraktion AfD, informiert, dass Herr Bernd Graßmann aus dem Aufsichtsrat der Stadtmarketinggesellschaft Dessau-Roßlau mbH abberufen wird.

Die Beschlussvorlage wird vom Gremium zur Kenntnis genommen.

12.2 Abberufung und Entsendung eines Stadtrates in den Aufsichtsrat der WBD Industriepark GmbH **Vorlage: BV/069/2025/I-07**

Herr Adamek, Fraktion CDU, gibt bekannt, dass die Meldung, bezüglich der Entsendung eines Stadtrates in den Aufsichtsrat der WBD Industriepark GmbH, in der Sitzung des Stadtrates am 30.04.2025 erfolgen wird.

Herr Ratzmann, Fraktion AfD, informiert, dass Herr Dr. Joachim Nothdurft aus dem Aufsichtsrat der WBD Industriepark GmbH abberufen wird.

Die Beschlussvorlage wird vom Haupt- und Personalausschuss zur Kenntnis genommen.

12.3 Unternehmensangelegenheiten
Entlastung des Aufsichtsrates der Industriehafen Roßlau GmbH (IHR)
für das Geschäftsjahr 2022
Vorlage: BV/391/2024/II-20BTM

Beschluss:

Der Haupt- und Personalausschuss empfiehlt der Gesellschafterversammlung der Industriehafen Roßlau GmbH der Entlastung des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2022 zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis: 08:00:01

12.4 Unternehmensangelegenheiten
Entlastung des Aufsichtsrates der Industriehafen Roßlau GmbH (IHR)
für das Geschäftsjahr 2023
Vorlage: BV/395/2024/II-20BTM

Herr George, Fraktion Bündnis90/ Die Grünen, bittet darum, dass die Internetseite des Industriehafens Roßlaus hinsichtlich der Anteilseigner, Ansprechpartner etc. aktualisiert wird.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck bedankt sich für den Hinweis und sichert eine Überarbeitung zu.

Beschluss:

Der Haupt- und Personalausschuss empfiehlt der Gesellschafterversammlung der Industriehafen Roßlau GmbH der Entlastung des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2023 zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis: 08:00:01

12.5 3. Fortschreibung zur Mittelfristigen Schulentwicklungsplanung der Stadt Dessau-Roßlau für die Schuljahre 2022/2023 bis 2026/27
Vorlage: BV/037/2025/IV-40

Nach einer kurzen Aussprache stellt der Ausschussvorsitzende die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: 09:00:00

12.6 Zustimmung zur Kooperation der Gemeinschaftsschulen "Rosa Luxemburg" und Friedrichstadt in Lutherstadt Wittenberg mit dem Anhaltischen Berufsschulzentrum "Hugo Junkers"
Vorlage: BV/047/2025/IV-40

Frau Hachmann, Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Senioren, führt in die Thematik ein.

Herr George, Fraktion Bündnis90/ Die Grünen, möchte folgendes erfahren:

- Welche Vor- bzw. Nachteile bringen die Gastschulbeiträge mit sich?
- Was für eine Summe wird durch die Beiträge generiert?
- Was für ein Mehrwert wird durch die Aufnahme von Schulen aus anderen Landkreisen entstehen?
- Gibt es eine Art Kooperation, wenn Gastschulbeiträge erhoben werden?

Frau Beigeordnete Hachmann berichtet, dass mit dem Inkrafttreten der Novellierung des Schulgesetzes die Gastschulbeiträge abgeschafft werden. Das Aussetzen der Beiträge stellt einen Verlust von ca. 250.000 Euro für den städtischen Haushalt dar.

Herr Kuras, Leiter des Amtes für Bildung und Schulentwicklung, berichtet, dass von ca. fünf bis zehn Schülern ausgegangen wird. Die Beiträge belaufen sich auf rund 460 Euro pro Schüler und pro Jahr.

Nach einer Aussprache stellt der Ausschussvorsitzende die Beschlussvorlage im Gesamten zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: 09:00:00

12.7 Regelmäßige Beschlusskontrolle
Vorlage: FV/003/2025/StR

Herr Nolte, fraktionsloses Mitglied des Stadtrates, führt in die Fraktionsvorlage ein. Er möchte wissen, ob der Reiter „Vorgänge“ im SessionNet die Beschlusskontrolle darstellen soll.

Frau Ziemba, persönliche Referentin des Oberbürgermeisters, berichtet, dass die Verwaltung mit dem Programm Session arbeitet und die daraus resultierenden Daten werden den Gremienmitgliedern auf SessionNet zur Verfügung gestellt. Die technischen Voraussetzungen für das Modul der Beschlusskontrolle wurde seitens der Verwaltung eingeführt, aber es wird von den Mitarbeitern nur selten genutzt. Die Mitarbeiter werden dahingehend noch einmal geschult. Der Reiter „Vorgänge“ steht nicht für das Modul der Beschlusskontrolle. Wenn keine Beschlüsse hinterlegt sind, dann ist der Reiter nicht sichtbar.

Herr Fricke, Fraktion SPD, möchte erfahren, ob die Gremienmitglieder darauf Zugriff haben oder nur die Mitarbeiter der Stadtverwaltung.

Frau Ziemba erläutert, dass die Beschlusskontrolle durch die Sitzungsbearbeiter des jeweiligen Gremiums angelegt und das Ergebnis in einer Excel-Tabelle für jedes Gremium separat dargestellt wird. Dieses Dokument kann dann den Mitgliedern zur Verfügung gestellt werden. Auf Nachfrage berichtet sie, dass die gefassten sowie noch nicht umgesetzten Beschlüsse in einer Tabelle dargestellt werden können.

Herr Stadtrat Fricke möchte wissen, ob eine Beschlussübersicht von allen Gremien in einem Dokument möglich ist.

Frau Ziemba nimmt den Sachverhalt mit und klärt dies mit der Fachfirma ab.

Herr Ratzmann, Fraktion AfD, möchte erfahren, was die Einführung für ein Aufwand für die Mitarbeiter der Verwaltung darstellt.

Frau Ziemba berichtet, dass es einen großen Aufwand darstellt, wenn die Aufarbeitung für die vergangenen Legislaturperioden erfolgen soll. Ansonsten ist der Prozess machbar.

Herr Stadtrat Nolte möchte wissen, warum das Modul bisher nicht benutzt wird, obwohl es bereits 2018 beschlossen wurde.

Frau Ziemba berichtet, dass das Modul nicht genutzt wurde.

Nach einer weiteren Aussprache stellt der Ausschussvorsitzende die Fraktionsvorlage zur Abstimmung.

Beschluss:

- 1) Der Stadtrat beauftragt die Stadtverwaltung, eine Beschlusssammlung zu führen, in der alle Beschlüsse der Ausschüsse und des Stadtrates mit dem

Stand der Umsetzung und der vorgesehenen finanziellen Mittel festgehalten sind.

- 2) Diese Sammlung ist dem Stadtrat im halbjährlichen Rhythmus vorzulegen.
- 3) Erledigte Beschlüsse werden einmalig als erledigt gekennzeichnet und zur nächsten turnusgemäßen Vorlage aus der Sammlung entfernt.

Abstimmungsergebnis: 08:00:01

13 Öffentliche Anfragen und Informationen

13.1 Tätigkeitsbericht der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten **Vorlage: IV/007/2025/I-GSB**

Herr Adamek, Fraktion CDU, thematisiert das Thema „Gendern in der Stadtverwaltung“. Es wurde sich damals verständigt, dass sich an der bestehenden deutschen Rechtschreibung gehalten wird. In dem vorliegenden Bericht wird sehr oft gegendert. Es muss eine Einigung gefunden werden, was praktiziert werden soll. Weiterhin merkt er an, dass es überwiegend in dem Bericht um das Thema Frau geht. Er versteht es, aber auch Männer werden Opfer von häuslicher Gewalt. Dies sollt mitbedacht werden.

Herr Ratzmann, Fraktion AfD, stimmt den Aussagen von Herrn Stadtrat Adamek zu. Er weist darauf hin, dass in der Sitzung des Stadtrates am 01.11.2023 vom Herrn Oberbürgermeister Dr. Reck protokollarisch festgehalten wurde, dass in der Verwaltung Schuldeutsch angewendet werden soll. Ihn kommt es so vor, als ob der Tätigkeitsbericht von einer Frauenbeauftragten und nicht von der Gleichstellungsbeauftragten verfasst wurde. Der Bericht ist zu einseitig aufgestellt.

Herr George, Fraktion Bündnis90/Die Grünen, weist darauf hin, dass die Gleichstellungsbeauftragte die vorhandenen Defizite in dieser Gesellschaft aufzeigt.

Frau Hachmann, Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Senioren, berichtet, dass es Themen gibt, wo Frauen mehr betroffen sind als Männer. Die Gleichstellungsbeauftragte organisiert Veranstaltungen zur Gewaltprävention für alle Geschlechter. Ferner erläutert sie, dass die heutige Gesellschaft, u. a. in der Politik oder in Führungspositionen, nicht 50/50 aufgestellt ist. Das Amt für Soziales und Integration hilft zu gleichem Maße Männern und Frauen bei dem Thema der Gewaltprävention.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck bedankt sich für die Hinweise und wird sie weiterleiten.

13.2 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Herr George, Fraktion Bündnis90/Die Grünen, thematisiert die festliche Sitzung des Stadtrates am 23.03.2025. Er findet den zeitlichen Vorlauf für bedenklich. Am Freitag ging die Einladung als Save the Date rum und am Dienstag ist die Einladung im Briefkasten zugestellt wurden. Wenn die Stadtverwaltung eine rege Teilnahme wünscht, dann sollte man den Stadtratsmitgliedern mehr Vorlauf eingestehen. Er, Herr Adamek, Fraktion CDU, sowie Herr Fricke, Fraktion SPD, entschuldigen sich im Voraus für die Sitzung.

Nachdem Tagesordnungspunkt wird die Nichtöffentlichkeit um 19:35 Uhr hergestellt.

18 Schließung der Sitzung

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck stellt die Öffentlichkeit wieder her und schließt die Sitzung um 19:55 Uhr.

Dessau-Roßlau, 08.04.25

Dr. Robert Reck
Vorsitzender Haupt- und Personalausschuss

Josephine von Kloeden
Schriftführerin